



Wahlordnung der Studierendenschaft der Hochschule Zittau/Görlitz

Auf der Grundlage von § 26 Absatz 1 und 2 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt

Stand: 10.06.2020

Wahlordnung der Studentenschaft der Hochschule Zittau/Görlitz



durch Artikel 2 Absatz 27 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist) vom 15.01.2013 beschließt der Studierendenrat der Hochschule Zittau/Görlitz folgende Ordnung:

Stand: 10.06.2020

**Wahlordnung der Studentenschaft
der Hochschule Zittau/Görlitz**



Wahlordnung der Studentenschaft der Hochschule Zittau/Görlitz



- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Wahlgrundsätze
- § 3 Wahlorgane
- § 4 Zeitlicher Ablauf
- § 4 a Amtszeit
- § 5 Wählerverzeichnis
- § 6 Wahlanfechtung und Wahlprüfung
- § 7 Wahl Niederschrift, Aufbewahrung der Wahlunterlagen und Fristen
- § 8 Briefwahl
- § 9 Ausübung des Wahlrechts
- § 10 Wahlausschreibung
- § 11 Wahlvorschläge
- § 12 Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge
- § 13 Wahlbenachrichtigung
- § 14 Gestaltung der Wahlunterlagen
- § 15 Stimmabgabe
- § 16 Auszählung
- § 17 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 18 Annahme der Wahl
- § 19 Nachrücken von Ersatzvertretenden

Schlussbestimmungen

- § 20 In-Kraft-Treten

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen der zu den Fachschaftsräten der Hochschule Zittau/Görlitz gemäß § 25 Absatz 1 und § 26 Absatz 2 SächsHSFG.
- (2) Für die Wahlen der studentischen Vertretenden in den Fakultätsrat, Senat und Erweiterten Senat gilt die Wahlordnung der Hochschule Zittau/Görlitz. Diese gilt auch für die Wahl eines Vertretenden für Gleichstellungsbeauftragte.

§ 2

Wahlgrundsätze

- (1) Die Wahl der Organe der Studierendenschaft ist frei, geheim und gleich gemäß § 26 Absatz 1 SächsHSFG.
- (2) Die Wahl zu den Fachschaftsräten wird als unmittelbare (direkte) Wahl durchgeführt.
- (3) Die Wahl des Studierendenrates erfolgt mittelbar durch die Fachschaftsräte. Näheres regelt die Ordnung der Studierendenschaft.

§ 3

Wahlorgane

Für die Wahlen zu den Fachschaftsräten kooperiert der Studierendenrat mit den Wahlorganen der Hochschule Zittau/Görlitz. Es gelten die Bestimmungen des § 3 der Wahlordnung der Hochschule Zittau/Görlitz.

§ 4

Zeitlicher Ablauf

- (1) Die Wahlen zu den Fachschaftsräten werden zeitgleich mit den Wahlen der studentischen Vertretenden zu den Fakultätsräten, Senat und Erweitertem Senat durchgeführt.
- (2) Die Stimmabgabe findet in der Vorlesungszeit an zwei aufeinander folgenden Tagen statt. Einzelheiten enthält die Wahlausschreibung nach §10. Im Ausnahmefall kann die Stimmabgabe auch im folgenden Semester stattfinden.

§ 4 a Die Amtszeit gewählter studentischer Vertretenden beträgt ein Jahr und beginnt grundsätzlich am 01. September des der Wahl folgenden Semesters. Somit finden jährlich Wahlen statt.

§ 5

Wählerverzeichnis

Die Hochschulverwaltung erstellt für die Wahl zu den Fachschaftsräten ein Wählerverzeichnis. Im Übrigen wird auf die Regelungen des § 4 der Wahlordnung der Hochschule Zittau/Görlitz verwiesen.

§ 6

Wahlanfechtung und Wahlprüfung

- (1) Jede*r Wahlberechtigte kann nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl innerhalb von sieben Kalendertagen unter Angabe von Gründen anfechten. Die Anfechtung erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Wahlleitenden.
- (2) Die Anfechtung ist begründet, wenn wesentliche Vorschriften des Wahlrechts, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einer fehlerhaften Sitzverteilung geführt hat, oder hätte führen können.
- (3) Eine Anfechtung der Wahl mit der Begründung, dass ein Wahlberechtigter an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil er nicht oder nicht richtig in das Wählerverzeichnis eingetragen worden sei oder dass eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in das Wählerverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt gewesen sei, ist nicht zulässig.
- (4) Über die Anfechtung entscheidet der Wahlausschuss mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Der Beschluss ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der antragstellenden sowie der unmittelbar betroffenen Person zuzustellen. Ist die Anfechtung begründet, hat der Wahlausschuss entweder das Wahlergebnis bei fehlerhafter Auszählung zu berichtigen, oder die Wahl in dem erforderlichen Umfang für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen. Vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung in diesem Wahlprüfungsverfahren wird bei der Wiederholungswahl nach den gleichen Vorschlägen und aufgrund des gleichen Wählerverzeichnisses gewählt wie bei der für ungültig erklärten Wahl, soweit die Wahlvorschläge und das Wählerverzeichnis nicht zu beanstanden sind; wirkt sich ein Verstoß über die Sitzverteilung nur in einer Fachschaft aus, ist nur diese Wahl für ungültig zu erklären und zu wiederholen. Eine Wiederholung der Wahl ist unverzüglich durchzuführen. Der Wahlleitende legt den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe fest. § 4 Absatz 3 gilt für die Wiederholungswahl nicht.

§ 7

Wahlniederschrift, Aufbewahrung der Wahlunterlagen und Fristen

- (1) Über die Verhandlung des Wahlausschusses und seine Beschlüsse sowie über die Wahlhandlungen sind Niederschriften zu fertigen.
- (2) Die Wahlniederschriften sollen insbesondere den Gang der Wahlhandlung aufzeichnen, das Wahlergebnis festhalten und besondere Vorkommnisse vermerken.
- (3) Die Wählerverzeichnisse, Stimmzettel und Wahlniederschriften sind bis zum Ablauf der Amtszeit der gewählten Vertretenden aufzubewahren.
- (4) Soweit für die Stellung von Anträgen oder die Einreichung von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist am letzten Tag um 16:00 Uhr ab. § 8 Absatz 5 bleibt davon unberührt.

Fristen nach dieser Wahlordnung sind Ausschlussfristen.

§ 8

Briefwahl

- (1) Die Stimmabgabe ist in begründeten Fällen auch in der Form der Briefwahl zulässig. Dies betrifft vor allem Mitglieder der Studierendenschaft, die sich aufgrund der Studienorganisation zum Zeitpunkt der Wahl nicht an einem der Hochschulstandorte aufhalten (z.B. Praxisphasen oder der Krisenfall).
- (2) Wahlberechtigte, die eine Stimmabgabe in der Form der Briefwahl beabsichtigen, beantragen beim Wahlleitenden schriftlich die Übersendung oder Aushändigung der Wahlunterlagen (Stimmzettel, Wahlumschläge und freigemachter Briefwahlumschlag, der die Anschrift des Wahlleitenden und als Absender den Namen und die Anschrift der wahlberechtigten Person sowie den Vermerk „schriftliche Stimmabgabe“ trägt). Der eigenhändig unterzeichnete formlose Antrag muss spätestens am 15. Kalendertag vor dem ersten Wahltag beim Wahlleitenden eingehen. Der Wahlleitende prüft die Wahlberechtigung. Er sendet den Wahlberechtigten unverzüglich nach Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge die Wahlunterlagen zu oder händigt sie aus. Er vermerkt die Übersendung im Wählerverzeichnis. Wahlberechtigte, bei denen im Wählerverzeichnis die Übersendung oder Aushändigung der Briefwahlunterlagen vermerkt ist, können ihre Stimme nur durch Briefwahl abgeben.
- (3) Die Briefwählenden legen den Stimmzettel in den Wahlumschlag und verschließen diesen sicher; der Wahlumschlag ist in den Briefumschlag (Wahlbrief) zu legen und ebenfalls zu verschließen. Der Wahlbrief muss dem Wahlleitenden oder seinen Beauftragten bis zum Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit zugehen. Auf dem Wahlbrief sind Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Die eingegangenen Wahlbriefe werden gezählt und ihre Anzahl in die Wahl Niederschrift eingetragen.
- (4) Spätestens nach Abschluss der Stimmabgabe werden zur Überprüfung die rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefe geöffnet; die nicht rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefe bleiben ungeöffnet. Ein Wahlbrief wird zurückgewiesen, wenn:
 1. er nicht bis zum Ablauf der Abstimmungszeit eingegangen ist,
 2. er unverschlossen eingegangen ist,
 3. der Wahlumschlag nicht amtlich gekennzeichnet ist,
 4. der oder die Stimmzettel sich außerhalb des Wahlumschlages befinden.
- (5) In den Fällen nach Absatz 4 liegt eine Stimmabgabe nicht vor. Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind einschließlich ihres Inhalts auszusondern und im Fall des Absatz 4 Nummer 1 ungeöffnet, im Übrigen ohne Öffnung des Wahlumschlages als Anlage der Niederschrift beizufügen.
- (6) Die Wahlumschläge aus nicht zurückgewiesenen Wahlbriefen werden nach im Wählendenverzeichnis vermerkter Stimmabgabe ungeöffnet in die Wahlurne gelegt.

§ 9

Ausübung des Wahlrechts

- (1) Aktives und passives Wahlrecht hat jedes Mitglied der Studierendenschaft, das zum Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses in dieses eingetragen ist. Sofern nach Schließung des Wählerverzeichnisses eine Berichtigung nach § 5 vorgenommen wurde, ist für die Feststellung der Wahlberechtigung dieser Zeitpunkt maßgebend.
- (2) Jedes Mitglied der Studierendenschaft kann sein aktives und passives Wahlrecht nur in jeweils seiner Fachschaft ausüben.

§ 10

Wahlausschreibung

- (1) Die Wahlen werden spätestens am 42. Kalendertag vor dem ersten Wahltag ausgeschrieben und durch Aushang bekannt gemacht.
- (2) Die Wahlausschreibung muss mindestens folgende Punkte enthalten:
 1. den Ort und Tag ihres Erlasses,
 2. die Erklärung, welche Organe gewählt werden sollen,
 3. den Hinweis, wer wahlberechtigt ist,
 4. die Zahl der von den einzelnen Fachschaften zu stellenden Vertretenden,
 5. die Angabe, wann und wo das Wählerverzeichnis zur Einsicht ausliegt,
 6. den Hinweis, dass die Wahlberechtigung von der Eintragung ins Wählerverzeichnis abhängt, sowie den Hinweis auf die Fristen nach § 5 Absätze 4 und 5,
 7. die Aufforderung Wahlvorschläge einzureichen, den Zeitraum für die Abgabe der Wahlvorschläge und den letzten Tag der Einreichungsfrist,
 8. den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge bekannt gemacht werden,
 9. den Ort, an dem die Wahlvorschläge bekannt gemacht werden,
 10. den Wahltermin und die Zeit der jeweiligen Stimmabgabe,
 11. den Hinweis, dass die Möglichkeit der Briefwahl entsprechend den Bestimmungen in § 8 besteht,
 12. die Mitteilung, dass die Wahlberechtigten gemäß § 13 eine Wahlberechtigung erhalten.

§ 11

Wahlvorschläge

- (1) Wahlvorschläge sind als ungebundene Listenwahlvorschläge und Einzelwahlvorschläge zulässig. Ein*e Studierende*r kann sich nur für den Fachschaftsrat der Fakultät bewerben, welcher er/sie angehört.
- (2) Wahlvorschläge bedürfen der Schriftform. Aus dem Wahlvorschlag muss ersichtlich sein, welche Wahl in welcher Fachschaft betroffen ist. Ein Wahlvorschlag muss den Namen, Vornamen sowie Matrikelnummer und Fakultät, an welcher der Studierende eingeschrieben ist, enthalten. Die Namen der Bewerbenden sind auf dem Wahlvorschlag mit fortlaufenden Nummern zu versehen.
- (3) Ein Wahlvorschlag muss von mindestens einem studentischen Mitglied der Fachschaft, welcher der Bewerbende angehört, durch eigenhändige Unterschrift unterstützt werden. Hierbei sind die

personenbezogenen Angaben nach Absatz 2 zu machen. Bei einem Einzelwahlvorschlag ist eine Unterschrift, bei Listenwahlvorschlägen mindestens 10 Unterschriften erforderlich.

- (4) Mit dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Einverständniserklärung des Bewerbenden zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag vorzulegen.
- (5) Ein Bewerbender darf bei jeder Wahl jeweils nur auf einem Wahlvorschlag und nur einmal genannt werden. Wer mit seinem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen genannt wird, ist durch den Wahlleitenden auf allen Wahlvorschlägen zu streichen.
- (6) Jeder Wahlberechtigte kann jeweils nur einen Wahlvorschlag im Sinne von Absatz 3 unterstützen. Hat jemand mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, so wird seine Unterschrift auf allen Wahlvorschlägen durch den Wahlleitenden für ungültig erklärt.
- (7) Vorgeschlagene Bewerbende können durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Wahlleitenden ihre Kandidatur zurücknehmen, solange nicht über die Zulassung entschieden ist.
- (8) Wahlvorschläge können beim Wahlleitenden innerhalb der von ihm festgesetzten Frist eingereicht werden. Diese Frist endet spätestens am 28. Kalendertag vor dem ersten Wahltag.
- (9) Werbung für einen Wahlvorschlag (Wahlkampf) ist frühestens mit dem Tag der Einreichung der Wahlvorschläge zulässig.

§ 12

Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge

- (1) Nach Ablauf der Einreichungsfrist prüft der Wahlausschuss unverzüglich die Wahlvorschläge und entscheidet über deren Gültigkeit und Zulassung. Stellt er Mängel fest, gibt er den Wahlvorschlag an den Unterstützenden von diesem mit der Aufforderung zurück, die Mängel innerhalb einer Frist von drei nicht vorlesungsfreien Tagen zu beseitigen. Werden die Mängel nicht fristgerecht beseitigt, sind diese Vorschläge ungültig.
- (2) Aufgrund der zugelassenen Wahlvorschläge werden von der Wahlleitung Stimmzettel erstellt. Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel wird durch das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los bestimmt. Anstatt des Losverfahrens ist es ebenfalls möglich, durch den Einsatz elektronischer Hilfsmittel (Rechner) unter Aufsicht eines Mitgliedes des Wahlausschusses eine zufällige Anordnung der Wahlvorschläge herbeizuführen.
- (3) Spätestens am 14. Kalendertag vor dem ersten Wahltag gibt die Wahlleitung die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt.

§ 13

Wahlbenachrichtigung

- (1) Wahlberechtigte, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten eine Wahlbenachrichtigung möglichst vor dem Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses. In der Wahlbenachrichtigung wird den Wahlberechtigten mitgeteilt, in welcher Fakultät und für welche Wahlen sie wahlberechtigt sind sowie an welchem Ort sie ihre Stimme abzugeben haben.
- (2) Erfolgt eine Berichtigung des Wählerverzeichnisses, erhalten die betroffenen Wahlberechtigten umgehend eine berichtigte Wahlbenachrichtigung.
- (3) Mit der Wahlbenachrichtigung erhalten die Wahlberechtigten einen Vordruck für einen Antrag auf Übersendung oder Aushändigung der Briefwahlunterlagen.

§ 14

Gestaltung der Wahlunterlagen

- (1) Für jede Fachschaft werden getrennt Stimmzettel hergestellt; durch die äußere Gestaltung der Stimmzettel ist die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wahlvorgang und zu einer bestimmten Fakultät kenntlich zu machen. Auf den Stimmzetteln sind die Wahlvorschläge jeweils in der nach § 12 Absatz 2 ermittelten Reihenfolge mit den in § 11 Absatz 2 genannten Angaben aufzuführen. Im Übrigen ist auf die Möglichkeit der Abgabe von drei Stimmen nach § 15 Absatz 5 hinzuweisen.
- (2) Die Stimmzettel werden mit dem Dienstsiegel der Hochschule versehen oder auf andere Weise als amtlich gekennzeichnet und durch den Wahlleiter gegen unbefugten Zugriff geschützt.
- (3) Die Wahlleitung entscheidet über die äußere Gestaltung der Wahlunterlagen im Benehmen mit dem Wahlausschuss.

§ 15

Stimmabgabe

- (1) Die Stimmabgabe ist nach § 4 Absatz 3 durchzuführen.
- (2) Der Wahlleitende bestimmt Zahl und Ort der Abstimmungsräume. Er trifft Vorkehrungen, dass der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen kann. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. Die Wahlhandlung ist öffentlich.
- (3) Für jeden Abstimmungsraum werden vom Wahlleitende mindestens drei Wahlhelfer bestellt. Mindestens zwei Wahlhelfer müssen ständig im Abstimmungsraum anwesend sein, solange dieser für die Stimmabgaben geöffnet ist. Die Wahlhelfer können jeder Mitgliedergruppe der Hochschule nach § 50 Absatz 1 SächsHSFG angehören. Jegliche Beeinflussung der Wahlberechtigten im Abstimmungsraum ist unzulässig.
- (4) Die Stimmberechtigten erhalten von den Wahlhelfern beim Betreten des Abstimmungsraumes die erforderlichen Stimmzettel. Vor Aushändigung der Stimmzettel wird die Eintragung des Wählers im Wählerverzeichnis überprüft. Der Wähler gibt seine Stimme ab, indem er durch Ankreuzen eindeutig kenntlich macht, welche Bewerber er wählt.
- (5) Der Wähler kann bis zu drei Stimmen abgeben. Hierbei kann er einem Bewerber drei Stimmen geben oder auch seine drei Stimmen auf mehrere Bewerber verteilen.

- (6) Vor Einwurf des gefalteten Stimmzettels in die Urne ist nochmals festzustellen, ob der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Er hat sich auf Verlangen über seine Person auszuweisen. Ist der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen, wirft er seinen Stimmzettel in die Wahlurne. Die Stimmabgabe ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.
- (7) Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder das Wahlergebnis nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe festgestellt, haben die Wahlhelfer für die Zwischenzeit die Wahlurne so zu verschließen und aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. Bei Wiederöffnung der Wahlurne oder bei Entnahme der Stimmzettel zur Stimmauszählung haben sich die zuständigen Wahlhelfer davon zu überzeugen, dass der Verschluss unversehrt geblieben ist.
- (8) Nach Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die sich in diesem Zeitpunkt im Wahlraum aufhalten. Nach Stimmabgabe durch die anwesenden Wähler erklären die Wahlhelfer am letzten Wahltag die Wahl für beendet.

§ 16

Auszählung

- (1) Unverzüglich nach Beendigung der Stimmabgabe nach § 15 Absatz 8 ist die Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Wahlhelfer vorzunehmen. Sie soll spätestens am siebten Kalendertag nach Beendigung der Wahl abgeschlossen werden.
- (2) Nach Öffnung der Wahlurnen werden die Stimmzettel auf ihre Gültigkeit überprüft. Ein abgegebener Stimmzettel und folglich auch die Stimmabgabe ist ungültig, wenn:
 1. kein Bewerber gekennzeichnet (angekreuzt) wurde,
 2. er nicht als amtlich erkennbar ist,
 3. der Stimmzettel einen Zusatz, der nicht der Kennzeichnung der gewählten Bewerber oder des gewählten Wahlvorschlages dient oder einen Vorbehalt enthält,
 4. ein Wähler mehr als drei Stimmen abgegeben hat,
 5. aus dem Stimmzettel der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei erkennbar ist.
- (3) Bei Zweifeln über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmabgabe entscheiden die Wahlhelfer.
- (4) Die auf jeden einzelnen Wahlvorschlag entfallenen gültigen Stimmen werden zusammengezählt.

§ 17

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlleitende stellt nach Auszählung der Stimmen für jede Wahl und jede Gruppe folgendes fest:

1. die Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmzettel,
2. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmzettel,
3. die Zahl der insgesamt abgegebenen ungültigen Stimmzettel,
4. die Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden gültigen Stimmen,
5. die Zahl der auf die einzelnen Bewerber entfallenden gültigen Stimmen.

Der Wahlleitende stellt weiter die gewählten Bewerber und die Reihenfolge der Ersatzvertretenden nach Maßgabe der Absätze zwei bis sechs fest. Der Wahlleitende gibt das festgestellte Wahlergebnis durch Aushang öffentlich bekannt. Er hat es von Amts wegen zu berichtigen, wenn innerhalb von vier Monaten nach Feststellung Schreibfehler, Rechenfehler oder ähnlich Unrichtigkeiten bekannt werden.

(2) Es wird das Verfahren der Mehrheitswahl (Personenwahl) angewendet. Bei der Personenwahl sind die Personen gewählt, die die höchste Stimmzahl erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los. Die Nichtgewählten sind in der Reihenfolge ihrer Stimmzahl Ersatzvertretende; bei Stimmgleichheit entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los über die Reihenfolge. Personen, auf die keine Stimmen entfallen, sind nicht Ersatzvertretende.

Die Zuteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge (Einzel- und Listenwahlvorschläge) der Gruppen erfolgt nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt). Die Zahlen der Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen sind, werden nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis so viele Höchstzahlen ermittelt, als Sitze zu vergeben sind. Gewählt sind die Wahlvorschläge, die jeweils die höchste Teilungszahl aufweisen. Jedem Wahlvorschlag wird dabei der Reihe nach sooft ein Sitz zugeteilt, als er die höchste Teilungszahl aufweist.

Entfallen danach auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze, als Bewerber genannt sind, so fallen die restlichen Sitze den übrigen Wahlvorschlägen in der Reihenfolge der Höchstzahlen zu. Liegen für die Zuteilung des letzten Sitzes in einer Gruppe die gleichen Höchstzahlen vor, so entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los. Wahlvorschlägen, auf die keine Stimmen entfallen sind, kann kein Sitz zugeteilt werden.

Innerhalb der Wahlvorschläge sind die Sitze den darin aufgeführten Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Stimmzahlen zuzuteilen. Haben mehrere Bewerber die gleiche Stimmzahl erhalten, so entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los über die Zuweisung des Sitzes.

Die nicht gewählten Bewerber eines Wahlvorschlags sind in der ermittelten Reihenfolge Ersatzvertreter für die auf diesen Wahlvorschlag entfallenden Sitze.

(3) Die maximale Anzahl der gewählten Vertretenden eines Fachschaftsrates richtet sich nach der Anzahl der eingeschriebenen Studierenden der Fachschaft nach § 1 der Fachschaftsrahmenordnung der Studierendenschaft:



Zahl der eingeschriebenen Studenten der Fachschaft (Fakultät)	Sitze im Fachschaftsrat
bis 200	3
bis 400	5
bis 600	7
mehr als 600	9

§ 18

Annahme der Wahl

- (1) Der Wahlleitende hat die Gewählten unverzüglich von ihrer Wahl schriftlich zu verständigen. Die Wahl gilt als angenommen, wenn nicht spätestens innerhalb einer Woche nach Zugang der Benachrichtigung dem Wahlleitende eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund vorliegt. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Wahlleitende.
- (2) Nach Annahme der Wahl können die Gewählten von ihrem Amt nur zurücktreten, wenn der Ausübung des Amtes wichtige Gründe entgegenstehen. Über die Annahme des Rücktritts entscheidet der Wahlleitende.

§ 19

Nachrücken von Ersatzvertretenden

- (1) Wird die Wahl von einer gewählten Person rechtswirksam nicht angenommen, rückt der Ersatzvertretende nach, der gemäß § 17 Absatz 2 in der Reihenfolge der Ersatzvertretenden der Nächste ist. Sind Ersatzvertretende nicht vorhanden, bleibt der betreffende Sitz unbesetzt.
- (2) Scheidet ein gewählter Vertretende aus, gilt Absatz 1 entsprechend.

§ 20

In-Kraft-Treten

Diese Ordnung wurde am 08.07.2020 vom Studentenrat der Hochschule Zittau/Görlitz beschlossen. Sie tritt am Tage nach der Veröffentlichung über die Website des StuRa in Kraft.